

## L. EUROPA

Antragsteller: DGB Bundesjugendausschuss

Titel: **Europa (Leitantrag)**

Beschluss:

### Europapolitik

Der europäische Integrationsprozess hat in den letzten Jahren einen neuen Höhepunkt erreicht. Insbesondere die jüngste EU-Erweiterung und selbst der Prozess um die Europäische Verfassung markieren eine neue Dynamik und Qualität in der Entwicklung der Europäischen Union. Die DGB-Jugend hat einen Prozess der friedlichen und politischen Einigung stets unterstützt. Nach dem Krieg war dies zunächst die Reaktion auf den mörderischen Nationalismus der von Deutschland aus Europa und die angrenzenden Staaten und Regionen mit unvorstellbarem Elend überzogen hatte. Deutschland sollte mit den anderen europäischen Staaten in ein so dichtes Geflecht aus politischen und wirtschaftlichen Beziehungen eingebunden werden, dass ein Krieg in Europa ein für allemal ausgeschlossen sein würde. Die Europäische Union als Instrument der Friedenssicherung ist in diesem Sinne ein echtes Erfolgsmodell. Sie hat die Menschen in Europa so nah zueinander gebracht wie nie zuvor. Die im Jahre 2004 begonnene EU-Erweiterung war die logische Fortentwicklung dieses Prozesses.

Dabei verlief der Prozess im Rückblick rasend schnell. War es für unsere Großeltern sicherlich noch undenkbar, dass alle Unionsbürger ein europaweites Kommunalwahlrecht erhalten würden, wächst heute eine Generation Jugendlicher heran, die sich an Grenzkontrollen innerhalb der EU kaum noch erinnern können.

Als jugendliche Europäer wollen wir diese Chance nutzen und das Unsrige dazu beitragen, dass diese Zukunft demokratisch und sozial gestaltet wird. Wir treten ein für eine friedliche und demokratische EU, die sich weltweit mit friedlichen Mitteln für soziale Gerechtigkeit und Frieden stark macht. Die DGB-Jugend wehrt sich gegen jede nationalistische Anti-Europapolitik.

Trotz (oder gerade wegen?) dieser uneingeschränkt positiven Grundhaltung mussten die europäischen Gewerkschaften immer wieder die Erfahrung machen, dass die konkrete Ausgestaltung Europas zwischen den verschiedenen Interessensträgern stark umkämpft ist und wir in den politischen Konflikten nicht immer erfolgreich waren. Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten vollzog sich parallel zur der Entwicklung in allen Mitgliedstaaten der Durchmarsch neoliberaler Politikkonzepte auch in der EU. Beklagten die nationalen Regierungen zu Hause den Konkurrenzdruck innerhalb der EU, waren sie als europäische Akteure nicht bereit der wirtschaftlichen Integration eine sozial- und steuerpolitische Integration an die Seite zu stellen. Auf politischer Ebene wurde über die europäischen Institutionen, insbesondere im Zuge der Stabilitätspolitik, immer neue Forderungen nach „schmerzhaften Einschnitten“ in sozialpolitischen, steuerpolitischen und arbeitsrechtlichen Bereichen erhoben. So schufen sich die europäischen Staaten auf europäischer Ebene den Druck, um ihre neoliberalen Projekte national durchzusetzen.

So wurden durch die vorherrschenden politischen Integrationsprojekte, wie den Europäischen Binnenmarkt oder die Währungsunion, die soziale Dimension Europas nicht gestärkt sondern geschwächt. Während die erfolgreichen politischen Akteure (internationale wie nationalstaatliche) innerhalb der EU eine immer weitergehende Öffnung der Märkte durchsetzten, blieb die sozialstaatliche Integration weit dahinter zurück.

Das Lohngefälle zwischen den Mitgliedstaaten ist nach wie vor erheblich: Betrug das Verhältnis des Prokopfeinkommens im reichsten zum Prokopfeinkommen im ärmsten Land vor der EU-Erweiterung 2004 bereits 3:1, ist es mit der Erweiterung auf 5:1 gestiegen. Ein ähnliches Gefälle gibt es bei den Sozialstandards.

Die zum Teil dramatischen sozialen Unterschiede werden nun genutzt, um etablierte Sozialstandards in ganz Europa anzugreifen.

Der europäische Arbeitgeberverband UNICE spricht denn auch im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung von einer „goldenen Gelegenheit heilsamen Druck für strukturelle Reformen“ auszuüben. In der deutschen Öffentlichkeit kommt es entsprechend zu einer neuen Runde in der Standortdebatte und die Meinungsführer aus Politik, Wirtschaft und Medien sind sich einig: Nur die Absenkung sozialer Standards kann die Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Eine Debatte, die bereits jetzt eine Abwärtsspirale auslöst. So reagieren etwa die polnischen Arbeitgeber auf die deutsche Arbeitszeitdebatte mit der Forderung nach noch längeren Arbeitszeiten deutlich über die 40-Stunden hinaus.

Selbst wenn man einen großen Teil der Geschichten über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in das Reich der Fabeln verweisen kann, so müssen wir doch erkennen, dass diese sozialen Ungleichheiten eine Bedrohung für erkämpfte soziale Standards in ganz Europa darstellen.

Es wäre falsch, deshalb die europäische Integration für ein antisozialstaatliches oder neoliberaleres Projekt zu halten. Die neoliberale Politik Europa ist letztlich die Politik der neoliberalen Kräfte in den Nationalstaaten. Es ist schon deshalb eine Illusion zu glauben, dass in einer alleine von Nationalstaaten bestimmten Situation eine bessere Politik vorherrschen würde. Unabhängig von der europäischen Union stehen in einer globalisierten Wirtschaft die nationalen Sicherungssysteme in Konkurrenz zu den jeweils niedrigsten Standards.

Die Europäische Union ist hier nicht in erster Linie eine Bedrohung, sie bietet vor allem die Chance, Regulationspotentiale zurück zu gewinnen, die die Nationalstaaten abgegeben haben. Ziel unserer Politik ist es daher, die EU als Mittel der sozialen Regulierung und "Reregulierung" zu nutzen. So geht es denn auch nicht darum, die europäische Integrationspolitik etwa beim Binnenmarkt zurück zu schrauben, sondern vielmehr darum, der wirtschaftlichen Integration eine soziale und demokratische Integration zur Seite zu stellen. Die neoliberale Politik vollzieht sich nicht in zu viel sondern in zu wenig Europa.

Dennoch war diese Politik in der Vergangenheit auch von Erfolgen gekrönt. So wurden vor allem im Bereich des Arbeitsschutzes aber auch im Arbeitsrecht europäische Standards geschaffen, die denen Deutschlands entsprechen oder sie sogar übertreffen. Beispielhaft seien hier nur die Mutterschutzrichtlinie, die Antidiskriminierungsrichtlinie, die Massenentlassungsrichtlinie oder die Betriebsübergangsrichtlinie genannt. Mit den europäischen Betriebsräten wurde darüber hinaus im rechtlichen Rahmen der EU ein Mittel geschaffen, mit dem es möglich geworden ist, Interessenvertretungspolitik in transnationalen Konzernen abzustimmen.

Wenn Europa heute Mittel der Deregulierung ist, so ist dies nicht zuletzt Ergebnis eigener Versäumnisse. Bei aller Befürwortung des Projektes Europa haben wir es in den letzten Jahren nicht geschafft, es als Akteur wesentlich mitzugestalten. Die Haltung der europäischen Gewerkschaften war nur zu häufig von der Angst geprägt, die in sozialen Kämpfen erstrittenen sozialen Fortschritte und den eigenen Einfluss zu verlieren.

Hinzu kam, dass die Unterschiede zwischen den verschiedenen nationalen Gewerkschaften oftmals als zu gravierend empfunden wurden, um relevante Kompetenzen und Ressourcen auf die europäische Ebene zu verlagern und dass die sozialen Unterschiede wohl als zu erheblich wahrgenommen wurden, als dass eine für uns attraktive Vereinheitlichung denkbar gewesen wäre.

Im Gegenzug haben wir oftmals übersehen, dass die Europäische Union ein breites Spektrum an Chancen und Möglichkeiten bietet. Eine stärkere Öffnung und bessere Vernetzung auf europäischer Ebene sind zwingend erforderlich, um den Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, entsprechend begegnen zu können. Denn bereits heute gehen über 80 Prozent der deutschen Gesetzgebung auf europäische Vorgaben zurück.

In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, dass wir uns als Jugend in diesen Prozess einbringen und diesen mitgestalten. Bislang fehlt uns häufig der Bezug zu Europa. Aber wenn wir nicht direkt und unmittelbar auf europäische Gestaltungsprozesse Einfluss nehmen, werden wir kurz- oder mittelfristig die Auswirkungen zu spüren bekommen. Wir leben in einer Zeit, in der sich Unternehmen auf europäischer und globaler Ebene zunehmend vernetzen. Um im Gegenzug hierzu ArbeitnehmerInnenrechte weiterhin erhalten und ausbauen zu können ist es unerlässlich, dass Gewerkschaften ihre Netzwerke auf europäischer und globaler Ebene weiter ausbauen, um als Interessenvertreter der ArbeitnehmerInnen auch in Zukunft

handlungsfähig zu sein. Mittel- und langfristiges Ziel muss mindestens eine Europäisierung der Tarifpolitik und Tarifverhandlungen sein.

Wir müssen Europa als Ort sozialer Kämpfe annehmen und die Auseinandersetzung dort führen. Dass dies erfolgreich sein kann, hat der Prozess um die Bolkestein- Richtlinie gezeigt.

### **Europäische Sozial-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik**

Die DGB-Jugend setzt sich für eine stärkere Europäisierung der Sozial-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik ein. Dabei stehen uns zurzeit vor allem zwei Mechanismen zur Verfügung, die Regulierung über europaweite Mindeststandards und über Ziellandvorgaben im Sinne der Entsenderichtlinie.

Die Anwendung von Mindeststandards bietet sich vor allem zur Regulierung von Rahmenbedingungen im sozial- und arbeitsrechtlichen Bereich an. Felder wie eine maximale Wochenarbeitszeit, Kündigungsschutz, Mutterschutz, Arbeitsschutz aber auch eine kollektive Interessenvertretung mit einer europaweiten Tarifautonomie und einem europäischen Tarifrecht können so Gegenstand europäischer Vereinheitlichung werden.

Im Bereich der Entlohnung und der Sozialabgaben bietet sich eine Regulierung über Ziellandvorgaben an. Bei diesem Mechanismus wird festgeschrieben, dass sich Entlohnung und sozialer Standard (Beitrag zu Rentenversicherung etc.) an den Rahmenbedingungen orientieren, die in dem Land gelten, in dem die Leistung erbracht wird.

Wir müssen aber auch im nationalen Rahmen darauf drängen, dass die Möglichkeiten, die das europäische Recht bereits heute bietet, konsequenter genutzt werden. Die Ausweitung der Regelungen aus der Entsenderichtlinie, d.h. die verbindliche Anwendung deutscher Mindeststandards in Entlohnung und Arbeitsverhältnissen für alle in Deutschland arbeitenden ArbeitnehmerInnen, war in diesem Sinne längst überfällig. Wenn wir dieses soziale Europa wirklich wollen, müssen wir uns aber auch für eine deutliche Kompetenzerweiterung der Europäischen Union im sozialpolitischen Bereich einsetzen und in diesem Sinne für mehr Europa kämpfen.

### **In Europa umverteilen**

Die Europäische Union ist von einem starken sozialen Gefälle zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten geprägt. Dieses bestand bereits vor der EU-Erweiterung 2004 und hat sich weiter verschärft. Wir stehen hier in einer doppelten Verantwortung, eine aktive Umverteilungspolitik zwischen den Staaten der EU durchzusetzen. Diese entspricht zum einen der gewerkschaftlichen Grundüberzeugung, dass die soziale Gleichheit aller Menschen und die Freiheit von Existenzängsten die Grundlage für eine solidarische und demokratische Gesellschaft sind und wir sind in diesem Sinne in der Verantwortung gegenüber den ärmeren und armen Menschen in ganz Europa. Zum anderen handeln wir damit im Interesse unserer eigenen Mitglieder, da perspektivisch eine Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa der sicherste Schutz für die höchstmöglichen sozialen Standards für die ArbeitnehmerInnen ist. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, den EU-Haushalt deutlich und dauerhaft zu erhöhen, um so unter anderem über die Regional- und Strukturfonds in der EU entsprechende öffentliche Investitionsprogramme zu finanzieren.

### **Europäische Finanzpolitik**

Eines der zentralen Mittel zur Durchsetzung der Deregulierungspolitik in der Europäischen Union ist der Stabilitätspakt von Maastricht. Die einseitig auf die Interessen der Geldvermögensbesitzer ausgerichtete Politik zur Sicherung der Geldwertstabilität zeichnet für eine nun mehrere Jahre andauernde Deinvestitionspolitik verantwortlich mit teilweise verheerenden Auswirkungen für Beschäftigung und Wachstum in Europa. Die Politik der Europäischen Zentralbank, die sich einzig an der Preisniveaustabilität orientiert, ist hinderlich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Europas. Das Unterordnen jeglicher Wirtschaftspolitikbereiche unter das oberste Ziel der Preisniveaustabilität ist hinderlich für Wachstum und Beschäftigung. Daher brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Politik der Europäischen Zentralbank. Sie darf nicht länger unab-

hängig von allen anderen europäischen Entscheidungsgremien agieren. Die EZB muss vorrangig den Zielen Wachstum und Beschäftigung nachgehen und dieses nicht der Preisniveaustabilität unterordnen. Weiterhin bedarf es einer Veränderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Einschränkung der Nettoneuverschuldung auf 3 % der BIP hindert die einzelnen europäischen Länder an einer antizyklischen Wirtschaftspolitik. Gerade in Rezessionsphasen muss es für die Länder möglich sein, die Konjunktur über das Instrument Verschuldung z. B. für staatliche Nachfrage, Investitionen usw. anzukurbeln. Dies muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt berücksichtigen. Die letzte Änderung, die auch aufgrund der wirtschaftlichen Situation in Deutschland und Frankreich vorgenommen wurde, reicht nicht aus. Auch eine monetäre Bestrafung der Länder bei Verstoß gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verschlimmert eher die Verschuldungssituation und bringt nichts für die Einhaltung des Pakts. Daher muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt auch an dieser Stelle überarbeitet werden.

### **Europäische Steuerpolitik**

In einer europäischen Steuerpolitik lassen sich zwei Handlungsmotive beschreiben: Einerseits geht es darum, der Europäischen Union einen größeren eigenen Finanzrahmen zu gewähren, um ein Agieren in stärkerer Unabhängigkeit von nationalen Interessen gewährleisten zu können; zum anderen ist es unser Ziel, durch eine partielle Harmonisierung in diesem Bereich den ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Nationalstaaten zu durchbrechen, um so politische Handlungsspielräume zurück zu gewinnen und über einen gestärkten öffentlichen Sektor stärkere Impulse für eine soziale und demokratische Neuausrichtung der Politik in Europa setzen zu können. Dabei sollten zusätzliche Lasten von den starken Schultern getragen werden. Zudem müssen vermehrt Steuern direkt der Europäischen Union zu Gute kommen.

Wir fordern daher die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa sowie eine Harmonisierung der Kapitalertragssteuer und die Einführung einer Kapitaltransfersteuer (Tobin-Tax).

### **Europäische Tarifpolitik**

Bereits jetzt hat Tarifpolitik eine europäische Dimension. Das Beispiel Opel hat uns im letzten Jahr vor Augen geführt, inwiefern nationale Tarifabschlüsse international bzw. europaweit durchschlagen. In der Problematik der Standortkonkurrenz sind wir nicht nur Opfer, sondern auch Akteur.

Die Verflechtung der europäischen Wirtschaft wird weiter voranschreiten. Das bedeutet für die europäische Gewerkschaftsbewegung, dass wir mittelfristig keine Alternative zur Entwicklung gemeinsamer Tarifforderungen aber auch gemeinsamer Positionen zu einem europäischen Arbeits- und Tarifrecht und vor allem einem europäischen Arbeitskämpfrecht haben werden. Dieses Ziel wird nicht einfach zu erreichen sein: Wir finden in der Europäischen Union eine Vielzahl von geltenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen vor. Diese Komplexität und die Angst vor dem Verlust eigener Gestaltungskompetenzen darf jedoch nicht zu einer Stagnation in der Entwicklung gemeinsamer europaweiter tarifpolitischer Forderungen führen. Unser Ziel ist es vielmehr, solidarisch mit den übrigen europäischen ArbeitnehmerInnen in europäischen Arbeitskämpfen für europäische Tarife zu streiten. Nur so können wir erfolgreich eine Gegenmacht ausbilden.

Hierbei sollten wir an die aktuellen tarifpolitischen Vorstöße der Kommission anknüpfen und diese in unserem Sinne weiterentwickeln. Die europäischen Branchengewerkschaften und der EGB müssen in diesem Prozess eine entscheidende Rolle spielen. Hier wurde mit der europaweiten Koordinierung der Tarifpolitik bereits Fundamente gelegt, auf die wir aufbauen können.

Zu einer europäischen Tarifpolitik gehört aber auch der entsprechende organisatorische Rahmen. Aktuell verfügen wir auf europäischer Ebene über keine tariffähige oder –willige Institution. Das Engagement der deutschen Gewerkschaften innerhalb der EU erstreckt sich lediglich auf die Mitgliedschaft in einer Vielzahl von Branchenverbänden und einem personell und funktionell immer noch zu schwach ausgestatteten Dachverband.

## **Perspektiven europäischer Gewerkschaftspolitik und gewerkschaftlicher Europapolitik**

In Zukunft brauchen wir stark vernetzte europäische Gewerkschaften, die einen Gegenpol zu den real existierenden global agierenden Unternehmen bilden, um zu verhindern, dass Unternehmen auch weiterhin Standorte gegeneinander ausspielen und ArbeitnehmerInnenrechte schwächen.

Für eine erfolgreiche europäische Interventionspolitik bedarf es einer nachdrücklichen Stärkung des EGB. Dazu muss die Politik der nationalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände deutlicher auf Europa ausgerichtet werden. Bei einer Stärkung des EGB lassen sich zwei Elemente definieren. Zum einen braucht der EGB deutlich mehr Personal, um politisch überhaupt Einfluss nehmen zu können. Zum anderen brauchen die nationalen Gewerkschaften deutlich mehr Mut dazu, Kompetenzen auch an den EGB abzugeben und die bestehenden Möglichkeiten, wie zum Beispiel im Rahmen des sozialen Dialogs, konsequenter zu nutzen.

Als Gewerkschaftsjugend kommt uns in den nächsten Jahren eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen auf nationaler Ebene Ansätze zur Qualifizierung junger FunktionärInnen entwickeln, da diese in wenigen Jahren innerhalb der europäischen Gewerkschaften in Entscheidungsverantwortung kommen werden.

Um dies zu erreichen, muss dem Thema Europa im Bereich der Jugendbildungsarbeit eine größere Bedeutung eingeräumt werden.

Jugendlichen muss hier eine europäische Kompetenz vermittelt werden mit dem Ziel, sie auf europäischer Ebene handlungsfähig zu machen und sie zu befähigen sich einzubringen und europäische Prozesse innerhalb ihres betrieblichen Umfeldes aktiv mit zu gestalten. In diesem Zusammenhang spielt besonders die Entwicklung interkultureller und sozialer Kompetenzen eine wesentliche Rolle.

Wir müssen verstärkt Ansätze zur Vernetzung von Jugendlichen in Betriebszusammenhängen ins Zentrum unserer Arbeit stellen. Aktivitäten die den Charakter des gegenseitigen Kennen lernen nicht verlassen, werden uns perspektivisch bei den europäischen Problemfeldern, denen wir gegenüberstehen, nicht mehr weiterhelfen können. Die Interessen der Jugend müssen sowohl in den unterschiedlichen gewerkschaftlichen wie auch betrieblichen Gremien als auch im Rahmen der Lobbyarbeit auf europäischer Ebene stärker vertreten werden.

Wir fordern darüber hinaus, die europäischen Jugendstrukturen und besonders den EGB-Jugendrat mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten, damit eine effektive Interessensvertretung möglich ist.

Neben Lobbyarbeit auf europäischer Ebene muss für uns der Aufbau von handlungsfähigen starken Mitbestimmungsstrukturen in europäischen Konzernen Priorität haben. Es muss uns gelingen, in Europa auch im Jugendbereich effiziente Strukturen auf betrieblicher Ebene aufzubauen. Dies kann weder der EGB noch der DGB allein leisten. Dies bleibt Aufgabe der jeweiligen Branchengewerkschaften, wobei uns hierbei als deutscher Gewerkschaftsjugend wiederum eine Schlüsselrolle zukommt.